

„Am Rand zu stehen ist schrecklich“

SPIEGEL-Gespräch Der Erziehungswissenschaftler und Inklusionskritiker Bernd Ahrbeck über die Scheu, behinderte Menschen behindert zu nennen, und die emanzipative Kraft des Leistungsprinzips



Ahrbeck, 64, lehrt Verhaltensgestörtenpädagogik an der Humboldt-Universität Berlin. Er forscht seit Jahren zum Umgang mit Behinderungen, vor wenigen Wochen hat er ein Buch über Sinn und Unsinn der Inklusion veröffentlicht („Inklusion. Eine Kritik“. Kohlhammer Verlag, Stuttgart; 160 Seiten; 22,99 Euro).

SPIEGEL: Herr Ahrbeck, wenn Sie Vater eines Sohnes mit Downsyndrom wären, auf welche Art von Schule würden Sie Ihr Kind schicken?

Ahrbeck: Das käme auf das Alter des Kindes an. Ich halte es für sehr gut vertretbar, dass geistig behinderte Kinder mit nicht behinderten gemeinsam eine Grundschule besuchen. In den weiterführenden Schulen wird es schwierig, wenn das Kind dort dem Unterricht nicht folgen kann. Da besteht die Gefahr, dass es emotional und sozial außen vor bleibt und vereinsamt.

SPIEGEL: Viel Aufmerksamkeit hat der Fall des elfjährigen Henri aus dem baden-württembergischen Walldorf gefunden, der trotz Downsyndrom ein Gymnasium besuchen soll. Die Mutter wünscht sich, dass ihr Sohn mit seinen Freunden aus der Grundschule zusammenbleiben kann. Liegt sie damit falsch?

Ahrbeck: Ich halte das Ansinnen für ziemlich abwegig. Die zentrale Funktion von Schule ist ja nicht der Erhalt von Freundschaften, das ist ein sehr persönliches Motiv. Schule ist vor allem dazu da, dass Kinder etwas lernen und sich weiterentwickeln. Wenn man die Sicht von Henris Mutter auf die Spitze treibt, dann dürfte in Zukunft jeder junge Mensch aufs Gymnasium gehen, wenn er sich dort wohler zu fühlen glaubt.

SPIEGEL: In vielen Bundesländern zählt bei der Schulentscheidung heute schon der El-

ternwille und nicht mehr die Empfehlung der Lehrer. Warum soll das nicht auch für behinderte Kinder gelten?

Ahrbeck: Es kommt doch darauf an, dass ein Kind schulisch Anschluss findet. Dafür haben wir in Deutschland ein differenziertes Schulsystem, zu dem auch spezielle Schulen für Kinder mit Förderbedarf gehören. Dieses System sollte nicht leichtfertig aufgegeben werden. Viele Schüler könnten eine Regelschule besuchen, davon bin ich fest überzeugt. Aber einige sind in speziellen Schulen oder Klassen besser aufgehoben. Nehmen Sie ein Grundschulkind mit einer massiven Sprachbehinderung. Sprachstörungen sind kein Schicksal, sie lassen sich relativ gut beheben. Aber das gelingt nur dort, wo eine gezielte Hilfestellung durch erfahrene Lehrkräfte erfolgt.

SPIEGEL: Im bestehenden System schaffen drei Viertel der Sonderschüler keinen Hauptschulabschluss. Spricht das nicht sehr gegen die Förderschulen?

Ahrbeck: Unter diesen Schülern sind viele Kinder mit kognitiven Beeinträchtigungen, für die es sehr schwierig bis unmöglich ist, einen Hauptschulabschluss zu schaffen. Das wird sich auf einer Regelschule nicht automatisch ändern, es sei denn, die Schule trickst bei den Zeugnissen.

SPIEGEL: Die Inklusionsbefürworter verweisen auf Studien, die belegen, dass behinderte Kinder mehr lernen, wenn sie gemeinsam mit nicht behinderten Kindern unterrichtet werden.

Ahrbeck: Es kommt sehr darauf an, von welcher Art von Behinderung wir reden. Ein Kind im Rollstuhl wird dem Unterricht mit der nötigen Intelligenz mühelos folgen können. Ein Kind mit Downsyndrom hingegen wird in der Regel kaum etwas davon haben, wenn es mit Nichtbehinderten lernt. Das Ergebnis des bislang größten Schulversuchs in Hamburg zu lern-, sprach- und verhaltensgestörten Kindern war ernüchternd: Die inklusiv unterrichteten Schüler erreichten nach der vierten Klasse keinen Anschluss an das sonstige Lernniveau. Dafür hatte die allgemeine Leistung deutlich gelitten.

SPIEGEL: Toleranz muss eingeübt werden. Das setzt voraus, dass diejenigen, die anders sind, anders aussehen oder sich anders verhalten, nicht aus dem Gesichtsfeld verschwinden.

Ahrbeck: Die Schule soll zu Toleranz beitragen und auf das Leben in der Demokratie vorbereiten. Aber eine wichtige Frage ist doch: Wie fühlen sich Kinder im

Klassenverbund, wenn sie nirgendwo mithalten können? In einer Gemeinschaftsschule immer am Rande zu stehen ist schrecklich, das kann ich ihnen als Psychologe aus meiner Arbeit versichern.

SPIEGEL: Die Befürworter einer radikalen Inklusion würden Ihnen entgegenhalten, dass gemeinsames Lernen für beide Seiten gewinnbringend ist, nicht nur für das behinderte Kind. „Vielfalt bereichert“, heißt dazu der Satz, der so etwas wie die Losung der Bewegung ist.

Ahrbeck: Der Satz wird gern benutzt. Leider ist er furchtbar naiv, weil dabei nicht mehr zwischen Erwünschtem und Unerwünschtem unterschieden wird. Es gibt Formen von Vielfalt, die eine Schulklasse eben nicht bereichern, zum Beispiel, wenn ein Kind permanent gewalttätig gegen seine Mitschüler wird. Oder wenn es so stark die Aufmerksamkeit des Lehrers beansprucht, dass kein geregelter Unterricht mehr möglich ist.

SPIEGEL: Leistungsanspruch und gemeinsames Lernen lassen sich nicht miteinander vereinbaren?

Ahrbeck: Im Ideal schon, in der Schulpraxis wird es ab einem gewissen Alter sehr schwierig. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, wie ein Kind in der siebten Klasse, das noch nicht einmal die Grundrechenarten beherrscht, die anderen im Mathematikunterricht unterstützen soll.

SPIEGEL: Man könnte die Anforderungen an der individuellen Leistungsfähigkeit ausrichten.

Ahrbeck: Natürlich soll sich der Lehrer didaktisch auf den einzelnen Schüler oder die einzelne Schülerin einstellen. Aber das funktioniert nur, wenn die Schüler einen einigermaßen ähnlichen Leistungsstand haben. Es ist völlig illusorisch zu glauben, ein Lehrer könne für jeden Schüler einen eigenen, auf ihn zugeschnittenen Lehrplan entwickeln. Das kann zu einer Überforderung für alle Beteiligten führen. Dass Schweden im Verlauf der Pisa-Studien so abgestürzt ist, führt die eingesetzte Regierungskommission auch auf die übermäßige Individualisierung im Unterricht zurück.

SPIEGEL: Die Integration behinderter Kinder war den Vereinten Nationen immerhin so wichtig, dass sie ein Recht daraus gemacht haben. Die entsprechende Konvention hat Deutschland 2009 ratifiziert, nun wird sie umgesetzt.

Ahrbeck: Das ist zweifellos begrüßenswert. Die Uno-Behindertenrechtskonvention



Downsyndrom-Kind Henri: „Es kommt darauf an, dass ein Kind schulisch Anschluss findet“

verpflichtet die Unterzeichner dazu, Behinderte im Leben und in ihrer Entwicklung zu stärken. Dazu gehört auch das Recht auf Bildung und Schulbesuch. Von der Schule für alle steht in der Konvention nichts.

SPIEGEL: Ziel sei die „vollständige Integration“, heißt es. Dafür solle der Staat ein Umfeld schaffen, „das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet“.

Ahrbeck: Nicht für jeden ist das Gleiche gleich gut. Gerade Kinder mit emotionalen und sozialen Problemen, die in der Schule größte Schwierigkeiten haben, brauchen kleine Gruppen, eine überschaubare Umgebung und enge persönliche Beziehungen. An anderer Stelle der Konvention steht, niemand dürfe wegen spezieller Maßnahmen, die er benötigt, diskriminiert werden. Da ist zum Beispiel die Gebärdensprache genannt. Wie sollen denn gehör-

lose Kinder in Gebärdensprache kommunizieren, wenn sie nicht andere Kinder haben, die Gebärdensprache können? Das heißt, sie brauchen einen Ort, an dem sie mit Gleichaltrigen, die ähnliche Probleme haben, zusammenkommen. Das wird nicht die Schule um die Ecke sein.

SPIEGEL: Warum interpretieren dann viele Bildungspolitiker die Uno-Konvention als Votum gegen die Förderschule?

Ahrbeck: Weil sie hoffen, über diesen Hebel doch noch ihre Idee von der Einheitsschule durchsetzen zu können. Schule ist dazu da, Talente zu entfalten und zu Leistung zu ermutigen. Dabei ist es notwendig, Unterschiede zuzulassen, auch institutionell. Wenn der Aufstieg durch Leistung nicht möglich ist, entscheiden andere, viel problematischere Faktoren über das Fortkom-

* Jan Fleischhauer und Jan Friedmann in Ahrbecks Büro an der Humboldt-Universität in Berlin.

men – Geld zum Beispiel oder Beziehungen. Ich frage Sie: Welche Chancen hat dann noch ein Migrantenkind, dessen Mutter gerade mal lesen und schreiben kann, den Begrenzungen seiner Herkunft zu entfliehen? Wer das Leistungsprinzip aufgibt, nimmt vielen Menschen, die nicht so rosig gebettet sind, eines der mächtigsten Werkzeuge zur Emanzipation.

SPIEGEL: Dass heißt, auch für behinderte Menschen sollte der von Ihnen gepriesenen Leistungsethos gelten?

Ahrbeck: Selbstverständlich soll ein blinder Schüler, der begabt ist, sich bemühen, das Abitur zu machen, sei es inklusiv oder auf einem Spezialgymnasium. Das Gleiche gilt für Kinder mit sprachlichen Beeinträchtigungen. Für andere Schüler sind die Ziele niedriger zu hängen, aber auch sie sollten sich auf ihrem Niveau anstrengen. Wenn alle per Beschluss gleich gut sind, ist die Leistung eines jeden entwertet.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Ahrbeck: Behutsam vorzugehen und die Probleme ehrlich zu benennen, statt sie auszublenden. Wer Zweifel anmeldet und widerspricht, gerät schnell in den Verdacht, ein Inklusionsfeind zu sein. Die Inklusion wird die Welt nicht kindlicher machen. Die Lebenswirklichkeit setzt irgendwann ein, auch für das Kind mit Downsyndrom.

SPIEGEL: Wo wird denn Wirklichkeit ausgeblendet?

Ahrbeck: Wir sind inzwischen so weit, dass sonderpädagogischer Förderbedarf nicht mehr präzise diagnostiziert und benannt wird, weil das Kind angeblich unter einer inhumanen Etikettierung leidet. Da heißt es dann nicht mehr: „Der Junge hat eine Verhaltensstörung“, sondern: „Er ist eben ein bisschen anders.“ Oder auch: „Der Junge ist verhaltensoriginell.“ So verschwinden die Fachbegriffe meiner Profession, was die Qualität der Arbeit enorm beeinträchtigt. Neulich fragte mich jemand in einem Radiointerview, ob man behinderte Menschen noch behindert nennen dürfe.

SPIEGEL: Und was war Ihre Antwort?

Ahrbeck: Unbedingt. Ich rede im Rahmen meines Fachgebiets auch von Krankheit und Psychopathologie. Wenn ein Kind blind ist oder gehörlos, ist das noch leicht



Ahrbeck, SPIEGEL-Redakteure*
„Was für ein Bild haben wir im Kopf?“

zu erkennen. Aber es gibt Kinder, deren Beeinträchtigungen auf den ersten Blick weniger auffallen, die schwer lernen oder massive Probleme in der emotional-sozialen Entwicklung haben. Auch sie brauchen eine klare Diagnostik.

SPIEGEL: Stigmatisierung beginnt mit Sprache. Ein anderer Satz der überzeugten Inklusionsanhänger lautet: Du bist nicht behindert, du wirst dazu gemacht.

Ahrbeck: Behinderung ist nicht nur ein soziales Konstrukt. Der fundamentale Irrtum in der Inklusionsdebatte ist die Annahme, dass mit dem Hinweis auf einen Unterschied zwischen Menschen zwangsläufig ein Werturteil verbunden sei. Wenn ich eine Lernbeeinträchtigung erkenne und beschreibe, heißt das doch nicht, dass ich mich über jemanden erhebe.

SPIEGEL: Man könnte, wie manche Inklusionsbefürworter, auch zu dem Schluss kommen, dass Behinderung einfach eine Form des Andersseins ist, so wie das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung.

Ahrbeck: Wir müssen aufpassen, dass wir Behinderung nicht banalisieren. Manche Beeinträchtigungen sind für die Betroffenen sehr belastend. Der Germanist und Philosoph Andreas Kuhlmann, ein sehr musisch veranlagter Mensch, sagte über sich, er hätte wahnsinnig gern Musik gemacht. Ein Instrument zu spielen war ihm aber aufgrund einer starken Spastik verwehrt. So jemandem nahezulegen, sein Zustand lasse sich als Teil einer begrüßenswerten Vielfalt auffassen, dürfte ihm wenig helfen. Ich frage mich, was man Menschen eigentlich antut, wenn man sie nicht mehr mit den Begriffen bezeichnen darf, von denen sie genau wissen, dass sie ihrer Realität entsprechen.

SPIEGEL: Das erklärte Ziel der Inklusionsbewegung ist es, Behinderung nicht mehr als Behinderung wahrzunehmen. Ist das so falsch?

Ahrbeck: Natürlich sollten behinderte und nicht behinderte Kinder einen ganz normalen Umgang miteinander haben. Andererseits finde ich es beklemmend, dass es heute offenbar als erschreckend gilt, wenn Behinderte einfach unter sich bleiben – so, als ob es ihnen untereinander nicht gut gehen könnte. Da muss man sich doch fragen, was für ein Bild wir im Kopf haben. Ist Behinderung so schrecklich, dass wir sie nur noch vereinzelt ertragen? Manchmal beschleicht mich der Verdacht, dass es in der ganzen Debatte in Wahrheit weniger um die Behinderten, sondern eher um die Befindlichkeiten der Nichtbehinderten geht. Wenn Behinderung nicht mehr als solche wahrgenommen wird, muss man sich auch keine Gedanken mehr machen, welche schmerzliche Lebenseinschränkung damit verbunden sein kann.

SPIEGEL: Herr Ahrbeck, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.